

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 6

Artikel: Amalrik spricht es aus : was sowjetische Dissidenten über westliche Verhaltensmuster denken
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094878>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was sowjetische Dissidenten über westliche Verhaltensmuster denken

Amalrik spricht es aus

«Entweder siegen weltweit die Vorstellungen der westlichen Demokratien, oder es siegen die Vorstellungen der totalitären Regime im Osten.» Diese Alternative formuliert der sowjetische Systemkritiker Andrej Amalrik («Unfreiwillige Reise nach Sibirien» und «Wird die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?»), der sich seit dem Juli 1976 im Westen befindet.

Amalrik war am 12./13. März 1977 Gast der Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt), die in Königstein/Taunus ihre Hauptversammlung abhielt. Ein anderer Gast war die Historikerin Ljudmila Alexejewa, die am 22. Februar dieses Jahres aus der UdSSR emigriert ist. Sie gehört (nunmehr als Sprecherin im Ausland) der «Helsinki-Gruppe» in Moskau an, die sich für die Einhaltung der KSZE-Grundsätze einsetzen will und deren Hauptexponenten, Prof. Jurij Orlow und der Schriftsteller Alexander Ginsburg, verhaftet sind. Auf die Interviews, die sowohl Amalrik als auch Frau Alexejewa dem ZeitBild gegeben haben, werden wir ausführlicher zurückkommen. Vorwegnehmen möchten wir aber einige Antworten, die Amalrik vor der Versammlung oder vor der Presse auf Fragen nach dem wünschbaren Verhalten des Westens zum Sowjetlager gegeben hat (inhaltliche Wiedergabe):

Provoziert der Westen nicht eine Rückkehr zur stalinistischen Praxis, wenn er unnachgiebig den Sowjets die Einhaltung der Menschenrechte abfordert?

Die stalinistische Praxis war zu keiner Zeit eine Antwort auf westliches Verhalten, weder in den dreissiger Jahren noch nacher. Auch als sich in den fünfziger Jahren der ganze Westen in Nicht-einmischung übte, sperrte man in der UdSSR



Andrej Amalrik.

Millionen in die Konzentrationslager und veranstaltete Schauprozesse am laufenden Band.

(Ljudmila Alexejewa ergänzt, dass es unter den Dissidenten in der UdSSR niemanden gebe, der die Position westlicher Vorsicht unterstützen würde.)

Als der westdeutsche Minister Egon Bahr vor kurzem Amalrik empfing, nannte er die Möglichkeit dieses Zusammentreffens einen Erfolg seiner Entspannungspolitik. Stimmt Amalrik dieser Schlussfolgerung zu?

Nicht bei Bahr erscheinen konnten die Zehntausende von Häftlingen, die man bei der westlichen Handhabung der Entspannungspolitik übersehen hat. Und generell lässt die UdSSR dissidente Leute nicht ausreisen, um die westlichen Entspannungsmaßnahmen zu honorieren, sondern um Dampf aus dem überhitzten Kessel abzulassen. Aber völlig unrecht geben konnte ich dem Minister nicht, denn ich bin durchaus für Entspannungspolitik. Nur gehört das Beharren auf den Menschenrechten dazu, und das Verschweigen dieser Thematik hat mit Entspannung nichts zu tun.

Geht es denn an, der Sowjetunion die westlichen Vorstellungen aufzwingen zu wollen?

Wer repräsentiert mit grösserem Recht die Sowjetunion, Breschnew oder die von ihm beherrschte Bevölkerung? Es geht da überhaupt nicht darum, der UdSSR etwas aufzuzwingen, sondern darum, in der UdSSR diese oder jene Seite zu unterstützen. Und es geht auch darum, die internationalen Verträge zu unterstützen, die Moskau unterschrieben hat. Wir wollen doch den Sowjets dabei behilflich sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Kann der Westen durch sein Verhalten dazu beitragen, dass es in der Sowjetunion zu Reformen kommt?

Vier Motive:

— Der Westen kann einen politischen Preis für seine Kredite und seine Technologie verlangen. Ohne sie würde die UdSSR zur zweitrangigen Industrienation absinken. Also würde sie einen solchen Preis bezahlen.

— Analoges gilt für Getreide oder Butter, die der Westen auf Kosten seiner Steuerzahler der UdSSR liefert. Ohne Lebensmittelimport droht der Ausbruch von Unruhen, wenn nicht da und dort sogar von Anarchie. Das zu vermeiden, muss den Sowjets wiederum etwas wert sein.

— Die Sowjetunion hat ihren Konflikt mit China. Es kann ihr nicht egal sein, wie sich der Westen verhält.

— Die westlichen Radiosendungen nach der UdSSR werden immer wichtiger. Einmal hat die Zunahme der Transistorradios die Empfangsmöglichkeiten vervielfacht, und dann sind immer mehr Leute an solcher Information interessiert.

«Man kann sagen, dass sich der Westen in den letzten Jahrzehnten in einem Zustand der Frustration befand. (...) In dieser Verlorenheit, unter all diesen Umständen (koloniale Schuldgefühle, Vietnamkrieg usw.) hat der Westen die ganze Wichtigkeit der Frage der Menschenrechte als Grundlage der Weltpolitik vergessen.

Ich spreche darüber nicht als ein Moralist, nein, ich spreche hier als ein Pragmatiker. Wir sehen, dass die Dritte Welt ihre Politik immer durch eine gewisse moralische Grundlage rechtfertigt, nämlich durch das Streben nach Unabhängigkeit. Wir sehen, dass die kommunistische Welt ihrerseits die

Zitiert...

moralische Grundlage ihrer Politik immer wieder hervorgehoben hat, und zwar das Streben nach sozialer Gleichheit. Und mögen die Politiker der kommunistischen Welt und der Dritten Welt noch so grosse Greuelthaten begehen, so haben sie es noch immer vermocht, als Rechtfertigung für diese Taten die moralische Grundlage ihrer Politik als Stütze zu beanspruchen.

Und gerade in diesem Augenblick haben die führenden Politiker des Westens angefangen zu sagen: Wir brauchen keine moralischen Grundsätze, wir wollen ruhig dahinleben und nirgends anstossen, dann lässt man auch uns in Ruhe. Gerade diese Politik, die sich als eine realistische Politik darzustellen versuchte, war am wenigsten realistisch. Sie war nicht in die Zukunft gerichtet; sie kümmerte sich nur um das momentane Überleben und erhob keine weiteren Ansprüche.

Und wenn jetzt der Westen erkennt, dass er wieder auf die moralischen Grundsätze seiner Politik zurückgreifen sollte, auf die Frage der Menschenrechte, so kann er die verlorene Selbstsicherheit zurückgewinnen. Wenn der Westen dazu übergehen wird, immer wieder zu betonen, dass er die Rechte der Menschen auf der ganzen Welt verteidigt und nicht nur das Recht, zwei Autos und eine Garage zu besitzen, dann wird auch die Haltung der Welt gegenüber dem Westen sich ändern.»

Andrej Amalrik vor der Gesellschaft für Menschenrechte, Königstein/Taunus, 12. 3. 1977

Und ausgerechnet in diesem Moment will man im Westen diese Sender abstellen oder dämpfen. Wie man sagt, im Interesse des Friedens. Aber was gefährdet den Frieden wirklich? Die Tatsache, dass es in der Sowjetunion vier oder fünf Personen gibt, die jederzeit über Krieg und Frieden entscheiden können. Kann die Beibehaltung dieser bedrohlichen Unsicherheit als Status quo dem Frieden dienen?

Muss man im Interesse von Reformen und Menschenrechten nicht dem sowjetischen Regime bei seiner Stabilisierung helfen, damit man eine ruhige Grundlage der Evolution hat?

Im Gegenteil. Wie sollte das Regime ein Bedürfnis nach Reformen kriegen, wenn es sich stabilisiert fühlt? Es ist nun einmal so: den Anstoss zu Reformen geben Krisen. Im Falle der Sowjetunion lässt sich das präzisieren. Dort braucht es dringend kleinere Krisen, wenn man der grossen Krise entgehen will. Das westliche Bemühen, der UdSSR nur ja jede kleine Krise zu ersparen, gleicht dem Verhalten einer Gluckemutter, die ihr Kind vor jedem Lüftchen und jedem Wehwehchen bewahren will. Das verschiebt die Probleme bloss, bis sie als Katastrophe ausbrechen.

Aber veranlasst man die Sowjetunion nicht zur Okkupation Westeuropas, wenn man die Krise provoziert?

Man muss die Sowjets ja nicht mit kriegerischen Mitteln in die Ecke treiben. Der Unterschied ist ein anderer: Jetzt zahlt der Westen dafür, dass sich das Sowjetregime nicht ändert, statt dafür, dass es sich ändert.

Was sind die Reformen, welche die Sowjetunion braucht?

Zuerst einmal Reformen innerhalb des bestehenden Systems. Dann werden sie schon Richtung auf eine pluralistische Gesellschaft nehmen. Was bleiben wird, ist die Eigentumsform, also der Sozialismus im wirtschaftlichen Sinne. Aber es ist ja die Verwaltungsform, auf die es ankommt.

Wie ist der Eurokommunismus zu bewerten?

Es gibt da zwei Hauptkriterien:

1. Wie verhalten sich die eurokommunistischen Parteien zur Opposition in ihren eigenen Reihen? Wenn sie nämlich schon die parteiinterne Opposition niederhalten, dann werden sie erst recht keine äussere Opposition zulassen, wenn sie an der Macht sind.

2. Wie verhalten sich die eurokommunistischen Parteien zur Opposition in Ländern mit regierender KP? Wenn sie für deren Existenzrecht und Freiheit nicht eintreten, lässt das ebenfalls auf ihr Verhalten nach der Machtergreifung schliessen. Momentan ist das so: Sie strecken Breschnew beide Hände entgegen, aber mir zum Beispiel spreizen sie immerhin den einen kleinen Finger ab...

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjähr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Afrika

(Fortsetzung von Seite 9)

der Vereinten Nationen für Afrika, war massgeblich 1968 an den Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung der sowjetischen Botschaft in Kinshasa (Zaire) beteiligt und erhielt 1970 vom Zentralkomitee der sowjetischen Kommunistischen Partei (KPdSU) den Auftrag, eine Studie darüber anzufertigen, wie die afrikanischen Frauen vermehrt in den «Befreiungskampf» miteinbezogen werden könnten.

Solodownikows weitere afrikanischen Aufgabebereiche waren — und sind —: Verbreitung der sowjetischen Propaganda; Vertiefung der kulturellen und der wirtschaftlichen Beziehungen (Bindungen und Abhängigkeit durch Waffenlieferungen) zwischen den afrikanischen Staaten und der Sowjetunion; Propagierung des sowjetischen «wissenschaftlichen Sozialismus» als der sicherste Weg, um die «Befreiung der afrikanischen Völker zu vervollständigen»; Bildung einer «antiimperia-

listischen Solidaritätsfront» der afrikanischen und sowjetischen Völker.

Seit Solodownikow vergangenen Spätsommer als Botschafter nach Sambia entstandet wurde, hat sich der Terrorkrieg gegen Rhodesien verschärft, wurden (erstmalig) Missionare ermordet...

Der sowjetische Staatschef Podgornyj kann bei seiner Ankunft in Dar-es-Salaam («Tor des Friedens», wie die tansanische Hauptstadt heisst) gewiss sein, dass Hauptstrategie Solodownikow alles bestens arrangiert hat. Vorbehaltlose Solidarität in ihrem Befreiungskampf hat die Sowjetunion der «Patriotischen Front» der rhodesischen «Nationalistenführer» Nkomo und Mugabe zugesichert; Anfang März hatten sich die beiden auf Einladung des sowjetischen «Komitees für afroasiatische Solidarität» in Moskau aufgehalten. Mugabe und Nkomo verwiesen bei dieser Gelegenheit auf die «weltweite historische Bedeutung (...) der Rolle der Sowjetunion für die Geschichte der Völker Asiens und Afrikas» hin. ...

gn

Offensive gegen Soares-Regierung

In Portugal hat sich CDS-Chef Dr. Freitas do Amaral in einem Gespräch mit Staatspräsident Eanes äusserst besorgt über die «grosse Offensive der Gewerkschaften» geäussert.

Die nach wie vor grösstenteils kommunistisch beherrschten Gewerkschaften versuchen auf allen Ebenen — mit punktuellen Streiks — die Politik der wirtschaftlichen Wiedergesundung zu unterlaufen.

Jüngstes Beispiel: Die Angestellten der Reisebüros drohen mit Streik; mittels Fernschreiben an westeuropäische Reiseagenturen, die bereits beträchtliche Buchungen für die kommende Saison getätigt haben, wollen sie auf ihre «schlechte» Lage aufmerksam machen und vor einem Besuch Portugals warnen.

Regierung und Armee haben ihrerseits mit scharfem Eingreifen gedroht, da Streiks künftig als Wirtschaftssabotage taxiert werden.

Soares europäische Werbereise bei der EG gilt als Erfolg, ungeachtet dessen, dass ein EG-Beitritt Portugals wahrscheinlich erst in zehn Jahren möglich sein dürfte. Die Reise hat Soares Position wesentlich gefestigt. Er wird von sämtlichen demokratischen Parteien unterstützt. Einen EG-Beitritt haben einzig die Kommunisten abgelehnt und verurteilt («Ausverkauf Portugals an die Kapitalisten und Monopolisten»). In diesem Zusammenhang ein kleines, aber vielleicht bemerkenswertes Detail:

Ueber Helfer im Ausland (vor allem auch in Spanien) verbreiten die Kommunisten ein Dokument, in dem Soares' Wirtschaftspolitik denunziert wird. Es trägt den Titel «Soares verkauft Portugal».

Der genau gleiche Slogan war bereits im Sommer 1974, als Soares noch Aussenminister war, auf Lissaboner Häuserwände in schwarzer Farbe (also das Werk von Faschisten...) aufgesprüht worden, und zwar im Zusammenhang mit dem

Ausverkauf der afrikanischen Gebiete: Zu einem Zeitpunkt übrigens, da bereits Major Melo Antunes (im Hintergrund) den Ausverkauf leitete.

Im Alentejo, der kommunistischen Hochburg, haben die Kommunisten offenbar zunehmend Mühe, die Landarbeiter bei der Stange zu halten. Ueber 200 Millionen Franken (umgerechnet) hat die Regierung vergangenes Jahr in die sogenannten Kooperativen stecken müssen... bei stets sinkender Produktivität. Die Regierung hat unproduktiven Genossenschaften die Subventionen bereits gestrichen (es gibt insgesamt 200 nach sowjetischem Muster organisierte «Cooperativas»). Es ist noch keine Bewegung, aber es sind auch keine Einzelfälle mehr, dass Kooperativen sich an die früheren Gutsbesitzer gewandt haben mit der Bitte, sie sollten doch den Betrieb wieder übernehmen. Die Kommunisten versuchen diesen Trend mit Drohungen aufzuhalten.

gn

